

suedkurier.de - 19.01.2008

Die Kunden gehen baden

Bürger im Südwesten zahlen zu hohe Gaspreise - Stadtwerke als Kostentreiber im Visier

Stuttgart

Die Bürger in Baden-Württemberg zahlen überhöhte Gaspreise. Ein Kostentreiber sind die Stadtwerke. Dagegen geht eine Petition vor. Doch die Parlamentarier wollen sich an den einflussreichen Stadtwerken nicht die Finger verbrennen.

VON GABRIELE RENZ

Stuttgart - Hans-Jörg Knäpple, der Rechtsanwalt aus Bad Dürkheim, brachte die Petition 14/01409 gemeinsam mit vier anderen Bürgerinitiativen auf den Weg. Ob Bürger in Bietigheim-Bissingen, Reutlingen, Offenburg oder Freiburg - sie alle verlangen, dass ihre Stadtwerke nur eine "marktübliche Verzinsung" von rund sechs Prozent erzielen dürfen. Und keine gigantischen Gewinne. Mehr als 600 Unterschriften stützen die Petition.

Auch der Badespaß in Kommunen wird von den Gaskunden der Stadtwerke mitfinanziert.
Bild: dpa

Anstoß gaben nicht nur die ständigen Gaspreiserhöhungen, sondern auch eine als ungerecht empfundene Querfinanzierung. Die Lage ist durchaus verzwickelt. Weil viele Kommunen klamm sind, unterhalten sie aus den Gewinnen der Stadtwerke Hallenbäder oder sanieren die Altstadt. Dazu, sagt Knäpple, seien die Stadtwerke aber nicht da. Vielmehr bestehe ihr ureigentlicher Zweck darin, Bürger im Gebiet mit Strom und Gas zu versorgen. Hinzu komme: Wer sein Haus oder seine Wohnung mit Öl oder Pellets beheizt, beteiligt sich mit keinem Cent an Unterhaltungsmaßnahmen.

Nicht nur der "Zweckverband Gasfernversorgung Baar" (ZVB), der Knäpple beliefert, hat in der Vergangenheit weit mehr als eine "marktübliche Verzinsung" erwirtschaftet. Die ZVB-Bilanzen weisen für die Jahre 2003 bis 2006 Eigenkapitalrenditen vor Steuern zwischen 75,18 Prozent und 26,37 Prozent aus. In Bietigheim waren 15 Prozent und mehr die Regel. Auch in Reutlingen regelmäßig mehr als 20 Prozent. Unter Marktbedingungen, so die Petitionenten, wäre dies nie möglich. Hier hätten die Stadtwerke ihre marktbeherrschende Stellung gnadenlos ausgenutzt.

Das Landeskartellamt prüft, so die Auskunft gegenüber Knäpple, ab einer Verzinsung von zehn Prozent die Frage des Rechtsmissbrauchs. "Nach den Umständen ist davon auszugehen, dass diese Prüfung bisher unterblieben ist", meint der Anwalt. Der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Gustav-Adolf Haas (SPD) ließ durchblicken, dass man im Wirtschaftsministerium an den Zahlen zweifle. Die Frage sei, auf welcher Basis man verzinse. Teils würden noch "alte Telefonanlagen mit Restwerten" in den Büchern auftauchen. Er habe "keine direkte Einsichtnahme". Knäpple ist fassungslos: Ein Blick in die Jahresabschlussberichte der Stadtwerke genüge doch. Haas ausweichend: Die Unzufriedenen könnten doch vor Gericht gehen.

Das genau wollen die Petitionen nicht. Sie wollen, dass die Volksvertreter ein klares Bekenntnis abgeben zugunsten der von ihnen vertretenen Bürger. "Der Landtag ist Herr des Kommunalrechts", schreibt Knäpple an Haas. "Wenn er sofort sinkende Gaspreise will, dann kann er das durchsetzen." Der Petitionsausschuss würde nichts erreichen, verwies er nur auf das Landeskartellamt. Das sei bei "nur einer Personalstelle und 114 zu beaufsichtigenden Stadtwerken" reine Augenwischerei, so Knäpple. Und die Oberbürgermeister mit Stadtwerken erhielten vom Landtag einen Persilschein, um weiter "ungehemmt ihre Monopolgewinne einzustreichen".

Haas, der Kommunalpolitiker aus Titisee-Neustadt, beteuert: "Ich bin offen, aber ich kann natürlich nur das entscheiden, was das geltende Recht hergibt." Anders als die Juristen der Gaspreisgegner glaubt Haas allerdings nicht, dass der Landtag hier eine Weisungsbefugnis habe - und dies schon Tage vor Klärungsgesprächen mit Ministerium und der Sitzung des Ausschusses am kommenden Mittwoch.

Diesen Artikel finden Sie im Online-Angebot unter
<http://www.suedkurier.de/nachrichten/bawue/art1070,3013804>

© SÜDKURIER

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SÜDKURIER GmbH
